



# Mehr Mitsprache und Orientierung

Vorschläge für ein  
nutzerfreundliches und  
patientenorientiertes  
Gesundheitssystem

# Gliederung

- 1. Einleitung**
- 2. Patientenmitbestimmung, Patientensouveränität und Teilhabe**
- 3. Versorgungsqualität im Krankenhaus**
- 4. Sicherheit von Arzneimitteltherapie und Medizinprodukten**
- 5. Hilfsmittelversorgung**
- 6. Patientenrechte und Rechtsdurchsetzung**

# 1. Einleitung

## Leitlinien für mehr Patientenorientierung und Nutzerfreundlichkeit des Gesundheitssystems

- Mehr Transparenz und Information
- Verbesserte Kommunikation
- Verbesserte Unterstützungsstrukturen
- Durchsetzungsfähige Rechtsansprüche
- Verbesserte institutionelle Integration /Patientenmitsprache und Patientenmitentscheidung
- Bedarfsgerechte qualitätsgesicherte Versorgung

## 2. Patientenmitbestimmung, Patientensouveränität und Teilhabe

### Herausforderungen – was steht dem Idealtypus des „informierten Patienten“ im Weg?

Die individuelle Ebene:

- Informierte Entscheidungen sind abhängig von sozialer Lage, Einkommen, Bildung, Alter und Gesundheitszustand
- Faktisch sind Wahlmöglichkeiten zwischen Versorgungsleistungen eingeschränkt (Sektorengrenzen, Verfügbarkeit)
- Wissens- und Informationsasymmetrien zwischen Patienten und Ärzten
- Nur ansatzweiser Zugang zu verständlichen, patientenrelevanten, qualitätsgesicherten Informationen

## 2. Patientenmitbestimmung, Patientensouveränität und Teilhabe

### Herausforderungen

Die kollektive Ebene:

- Rahmenbedingungen der Selbstverwaltung der Krankenkassen wurden schwieriger
- Spagat zwischen Versicherteninteressen und Finanzinteressen
- Kassen wurden durch Fusionen zu großen Verwaltungseinheiten
- Unzureichende personelle und finanzielle Ressourcen der Patientenvertretung im GBA, kein Stimmrecht
- Keine oder nicht gleichberechtigte Beteiligung in anderen Körperschaften und Institutionen der Leistungserbringer
- Finanzierung bei manchen Patientenorganisationen ist intransparent

## 2. Patientenmitbestimmung, Patientensouveränität und Teilhabe

### Handlungsoptionen

- Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten verbessern
- Unabhängige Patientenberatung (UPD) stärken und reformieren
- Sektorübergreifende Versorgung verbessern
- Nutzung von Routinedaten zur Schaffung von Qualitätstransparenz
- Mehr Patientenorientierung durch Schaffung einer „Stiftung Gesundheitstest und Patientenbelange“ (SGP)
- Marktbeobachtung durch den „Marktwächter Gesundheit“ (MG)
- Institutionelle Verzahnung zwischen SGP, MG und UPD

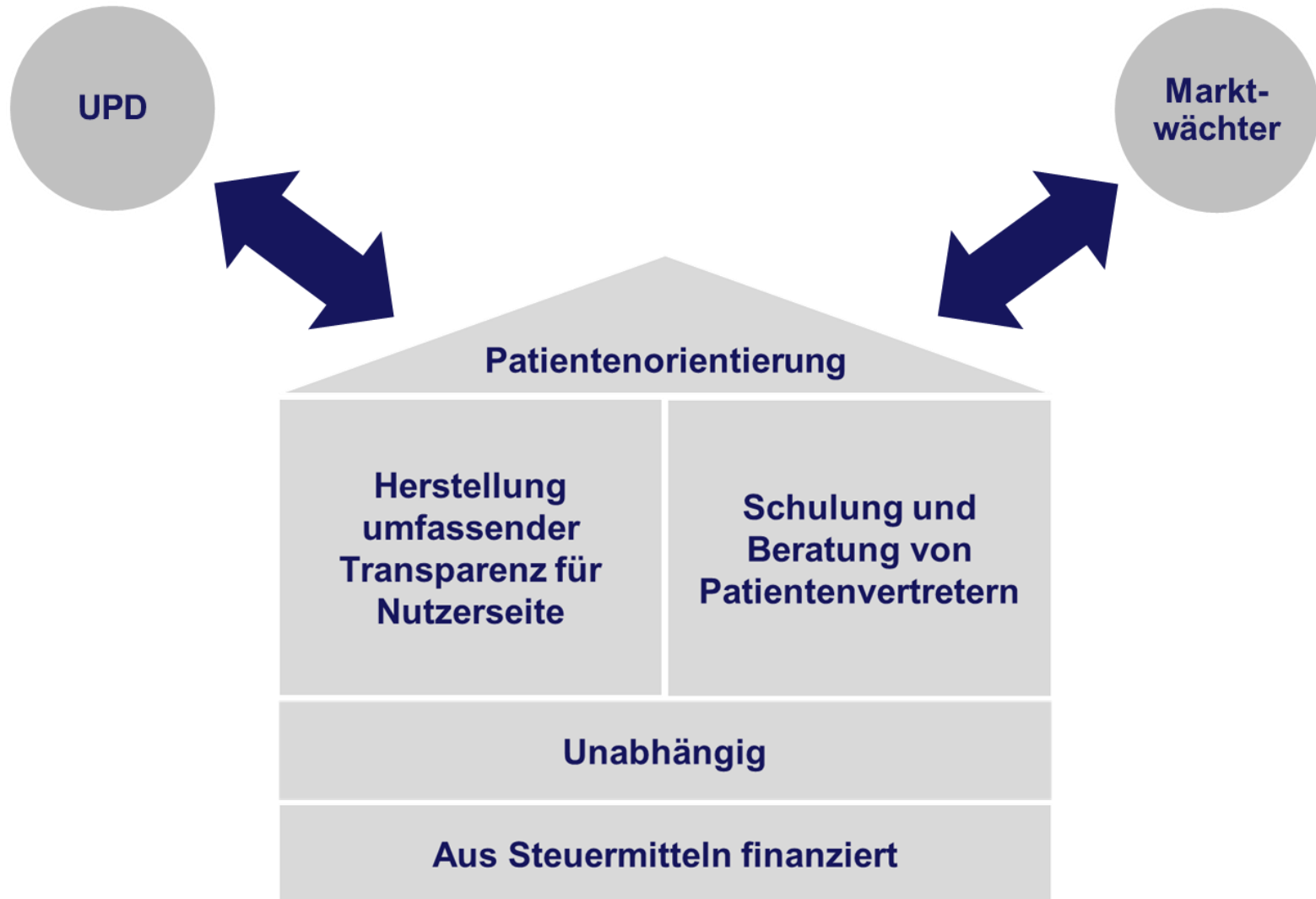
## 2. Patientenmitbestimmung, Patientensouveränität und Teilhabe

### Handlungsoptionen

Kollektive Patienten- und Versichertenbelange stärken

- Beteiligung einer Patientenvertretung in allen Körperschaften und Institutionen der Leistungserbringer, die unmittelbar Patienteninteressen berühren.
- Finanzierungsquellen der Organisationen der Patientenselbsthilfe transparent machen/ Finanzierung ausschl.über Steuermittel ?
- Stärkung der Ressourcen (Sach- und Fachkompetenz) der Patientenvertretungen durch die SGP
- Zusammenspiel der Selbsthilfegruppen mit der Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung

# Stiftung Gesundheitstest und Patientenbelange





## 3. Versorgungsqualität im Krankenhaus

### Bedarfsgerechte qualitätsgesicherte Versorgung

#### Herausforderungen

- Regionales Gefälle und geringer Spezialisierungsgrad
- Personalmangel in der Pflege
- Eher Festhalten an Standorten, weniger an Planung von Versorgungsbedarf und -qualität
- Fehlende sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen

#### Handlungsoptionen

- Strukturveränderungen: mehr Spezialisierung und sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen
- Planung anhand Qualität und Erreichbarkeit
- Verständliche Aufbereitung von Qualitätsdaten durch SGP

## 4. Sicherheit von Arzneimitteltherapie und Medizinprodukten

### Herausforderungen

- Häufige unerwünschte Arzneimittelwirkung
- Sicherheitsmängel bei Medizinprodukten
- Unzureichendes Medikationsmanagement

### Handlungsoptionen

- Arzneimitteltherapiesicherheit im SGB V verankern
- Medikationscheck durch elektronische Gesundheitskarte ermöglichen
- Koordiniertes Medikationsmanagement in Arzneimittelrichtlinien und Berufsordnungen implementieren
- Zulassung von Medizinprodukten höherer Risikoklassen analog der von Arzneimitteln
- Medizinproduktregister einführen
- Anspruch auf Schadensausgleich durchsetzen

## 5. Hilfsmittelversorgung

### Herausforderungen

- Adäquate Versorgung mit Hilfsmitteln nur bei Aufzahlungen
- Beratung und Versorgung mit Hilfsmitteln aus einer Hand

### Handlungsoptionen

- Unabhängige Beratung zu Hilfsmitteln
- Transparenz über Qualität, Eigenschaften und Preise sowie Veröffentlichung auf unabhängigen Vergleichsportalen durch SGP
- Aufzahlungsfreiheit bei notwendiger Versorgung

## 6. Patientenrechte und Rechtsdurchsetzung

### Herausforderungen

- Defizite bei der Patientenaufklärung
- Unzureichende Berücksichtigung des zweiten Gesundheitsmarktes
- Unterstützung der Krankenkassen bei Schadensersatzansprüchen gesetzlich nicht näher bestimmt
- Beweislast liegt bei Patienten

## 6. Patientenrechte und Rechtsdurchsetzung

### Handlungsoptionen

- Novellierung des Patientenrechtegesetzes
  - Ausweitung von Informationsrechten für Patienten
  - Ausstellen von Patientenbriefen nach stationärem Aufenthalt und ambulanten Eingriffen in Krankenhäusern
  - Schriftliche Erklärungen zu IGeL, warum die Leistung von der GKV nicht erstattet wird
  - Gesetzliche Festschreibung einer fälschungssicheren elektronischen Dokumentation
  - Nationale und europäische Mindestanforderungsregelungen für den zweiten Gesundheitsmarkt

## 6. Patientenrechte und Rechtsdurchsetzung

### Handlungsoptionen

- Verbesserung der Situation der Patienten nach erlittenem Behandlungsfehler
  - Information des Patienten bei begründeter Annahme eines Behandlungsfehlers
  - Verpflichtende Unterstützung der Patienten durch die Kassen bei erhärtetem Verdacht
  - Zusammensetzung von Schlichtungsstellen: Ärzte, Krankenkassenvertreter, Patientenvertreter; ein Mitglied sollte die Befähigung zum Richteramt haben; Vergleichsverfahren entspricht einem gerichtlichen Vergleich
  - Etablierung eines Härtefallfonds
  - Erleichterung der Beweislast

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**